

# Marxismus aktuell

## ***Kapitalismus = Krise und Krieg in Permanenz***

Das deutsche Kapital und sein politisches Personal haben alles fest im Griff. Diesen Eindruck könnte gewinnen, wer den Chef der Deutschen Bank Ackermann hört, die Verlautbarungen von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier verfolgt und die altklugen Ratschläge von Finanzminister Steinbrück für ein besseres Krisenmanagement der mit Deutschland verbündeten imperialistischen Staaten liest. Doch die ganze Weisheit Ackermanns besteht darin, die Marktgesetze weitestgehend wirken und konkurrierendes Finanzkapital kontrolliert untergehen zu lassen. Die Parteien der großen Koalition setzen darauf, daß die deutsche Industrie so konkurrenzfähig ist, daß sie nach der Krise ihre Geschäfte auf einem auch von der „befreundeten“ europäischen Konkurrenz bereinigten Markt auf deren Kosten weiter zügig entfalten kann. Sie ersetzen europäische Kooperation durch Großmachtgehabe im naßförschen Stile Kaiser Wilhelms II..

### **Großmachtpolitik ist ohne Militarismus nicht zu haben**

Da darf auch das deutsche Militär nicht fehlen. Wer bei allgemeiner Überproduktion von Kapital auf dem Weltmarkt expandiert, muß die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie sichern. Wer das will, muß als imperialistische Ordnungsmacht mit allen Waffengattungen rund um den Globus Flagge zeigen. Auf dem Balkan wies die deutsche Luftaufklärung den NATO-Bombern den Weg, vor den Küsten des Libanon und Somalias patrouilliert die deutsche Marine, in Afghanistan versinkt die Bundeswehr immer tiefer im vorgeblichen Kampf gegen den Terror. Dies ist Ausdruck der

imperialistischen Logik: Wer auf Dauer in der Lage sein will, seine Energieversorgung zu sichern, muß in Zentralasien, im Nahen und Mittleren Osten zumindest dabei sein, wenn es um die Kontrolle und Erschließung energetischer Ressourcen und ihrer Transportwege geht.

In Afghanistan glaubt niemand mehr an die Stabilisierung des korrupten Karsai-Regimes. In den ehemaligen

Sowjetrepubliken Zentralasiens ist der Zeitpunkt verpaßt, kurzfristig auf Kosten des russischen Einflusses westlichem Kapital Einfluß zu verschaffen. Es geht daher in Afghanistan vor allem um Gesichtswahrung und darum, die geostrategische Schlüsselposition Afghanistan nicht zu verlieren. Dafür nimmt die NATO einen Dauerkrieg in Kauf. Das gilt für die USA ebenso wie für die BRD und die NATO insgesamt.



**Vor 90 Jahren ermordet:**

**Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg**

Mutige Kämpfer gegen Militarismus und imperialistischen Krieg, für Sozialismus und Rätedemokratie – Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands – Am 15. Januar 1919 in Berlin durch rechtsextreme Freikorps mit Zustimmung des sozialdemokratischen Kriegsministers Gustav Noske ermordet!

### **Eine neue Ära strategischer Hochrüstung**

Während die deutsche Öffentlichkeit nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/1990 noch von einer Ära des Friedens und der Abrüstung träumte, haben die deutschen Militärstrategen schon 1992 die Rolle und Funktion der Bundeswehr neu bestimmt. Diese soll den Rohstoffnachschub gegen unzuverlässige Regime und „Terroristen“ absichern. Allerschlimmstenfalls in weiterer Zukunft auch gegen Konkurrenten. Unabhängig vom vordergründigen humanistischen Geschwätz der Regierungsparteien sowie der bürgerlichen Medien „verteidigen“ aus dieser Sicht deutsche Truppen am Hindukusch tatsächlich die Interessen des deutschen Kapitals. Weil dessen Interessen für die Regierung absoluten Vorrang haben, setzen sich die bürgerlichen Parteien über den Willen der Bevölkerungsmehrheit bewußt hinweg. Sie zeigen damit einmal mehr, daß diese parlamentarische Demokratie in Wahrheit eine Diktatur des Kapitals ist.

Fortsetzung S.2

## **Auf die Straße gegen die NATO-Kriegsgipfel in München und Straßburg!**

Am 7. Februar 2009 treffen sich die NATO-Kriegsminister, hochrangige Militärs und Rüstungslobbyisten zu ihrer alljährlichen so genannten Sicherheitskonferenz in München. Auf diesem von Tausenden Polizisten und Soldaten von Protesten abgeschirmten Treffen werden Kriegseinsätze wie im Irak, Afghanistan oder Kurdistan koordiniert und zukünftige Kriege geplant.



Am 4. April will die NATO auf ihrem Gipfeltreffen im französischen Straßburg ihren 60. Geburtstag feiern. Die NATO-Politiker und Militärs reden von 'Sicherheit', doch sie meinen Krieg, Folter und Militarisation. Wir rufen alle Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner zur Teilnahme an den internationalen Massenprotesten gegen die Kriegsgipfel auf.

**60 Jahre NATO sind mehr als genug! BRD raus aus der NATO! Sofortiger Abzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland!**

Die Neubestimmung der Rolle des deutschen Militärs war zugleich die Entscheidung für eine systematische Umstrukturierung der Ausrüstung von Heer, Luftwaffe und Marine, um diese für neue Kolonialkriege fit zu machen. Trotz wirtschaftlicher Stagnationstendenz wurde deshalb an den Rüstungsausgaben nicht gespart. Im Gegenteil. Die Europäische Union und die NATO forderten übereinstimmend, die Rüstungsausgaben kontinuierlich zu steigern. Die wachsende Militarisation nach außen wie nach innen belebte zwar die kapitalistische Wirtschaft, doch ging dieser „Aufschwung“ an der Masse der Lohnabhängigen einschließlich der Arbeitslosen vorbei. Die Arbeiterklasse bezahlte schon diesen deutschen Militarismus mit sinkenden Realeinkommen.

### **Die Krise ist auch der Preis für Bushs militärischen Keynesianismus**

Der internationale Neoliberalismus der vergangenen zwei Jahrzehnte war wesentlich weniger konsequent, als dessen Ideologen und die hiesigen reformistischen bzw. keynesianischen Kritiker des Neoliberalismus uns glauben machen wollen. Hierzulande ist nur wenigen Fachleuten bekannt, daß Bush und vor ihm schon Clinton mit ihrer auf dem internationalen Finanzmarkt kreditfinanzierten Hochrüstungspolitik sowie der staatlichen Förderung des Immobilienbooms (ungeachtet ihrer Deregulierung der Finanzmärkte) mit Mitteln klassisch keynesianischer Ausgabenpolitik die Krisen der neunziger Jahre lösten, indem sie die jetzige größere Krise vorbereiteten.

Weder die Schuldenkrise der lateinamerikanischen Staaten in den achtziger Jahren noch der Zusammenbruch der UdSSR und ihrer osteuropäischen Bündnispartner und nicht einmal die Öffnung Chinas für das internationale Kapital waren bekanntlich in der Lage, einen neuen durchgreifenden Boom der imperialistischen Weltwirtschaft zu verursachen. Obwohl die schändlich unterwürfige Politik der reformistischen Gewerkschaftsführungen seit den achtziger Jahren

mit ihren tariflichen Ausverkaufsabschlüssen dem Kapital der imperialistischen Länder explosionsartige Profitsteigerungen bescherte, wurde vom Kapital nicht auf so breiter Front investiert, daß der Wohlstand auch der gesamten Arbeiterklasse wuchs. Die neuen Kapitalanlagesphären reichten nicht aus, um die Krise der Kapitalverwertung zu lösen. Es wurde weiter mehr Kapital produziert als produktiv angelegt werden konnte.

Die Folge waren nicht nur gewaltige Spekulationsblasen. Das internationale Finanzkapital einschließlich des deutschen war nur zu glücklich, daß die US-Regierung das überschüssige Kapital auf den Finanzmärkten nachfragte, um seine ehrgeizigen Rüstungsprojekte im „Kampf gegen den Terror“ zu finanzieren. Doch dieser Rüstungsboom – die Rüstungsausgaben der USA übersteigen die aller anderen OECD-Staaten zusammengenommen – war die Grundlage der lang andauernden Hochkonjunktur, die den Glauben an ein Andauern des US-Immobilienbooms und die scheinbare Sicherheit der „neuen Finanzprodukte“ beflügelte. Jetzt ist die Blase geplatzt. Die in Deutschland besonders erfolgreiche Umverteilungspolitik von unten nach oben hat somit einen willkommenen Beitrag zur Entfesselung des US-amerikanischen Militarismus geleistet. Der scheinbar konsequente Neoliberalismus in Europa war mit militärischem Neokeynesianismus in den USA verquickt.

Die jetzige globale Krise hat aber ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Die US-Regierungen unter Bush und seinem Nachfolger Barack Obama haben bis jetzt die Bereitstellung von insgesamt 1,4 Billionen Dollar für das notleidende US-Kapital beschlossen. Diese auch für den US-Imperialismus gigantische Summe kann nicht ohne weiteres auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommen werden. Obama wird deshalb voraussichtlich den US-Dollar drastisch abwerten müssen, wodurch die Weltwirtschaft weiter belastet werden wird. Damit drohen der Weltwirtschaft ein gigantischer inflationärer Schub und

eine weltweite Massenverarmung der Arbeiterklasse.

### **Deutscher Sonderweg oder imperialistischer Nachtrabpolitik**

Merkel und Steinbrück hoffen trotzdem immer noch darauf, daß sie die Lage im Griff behalten. Sie hoffen darauf, daß die Eurozone eine Hyperinflation vermeiden kann und halten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest. In der Praxis würde das bedeuten, gestützt auf die Passivität der deutschen Gewerkschaftsführungen die Krise unter Inkaufnahme einer Pleitewelle von Unternehmen und Arbeitsplatzverlusten hinzunehmen. Letzteres ist aber nur um den Preis einer verstärkten Sparpolitik und einer weiteren Umverteilung von unten nach oben auf staatlicher Ebene zu haben.

Die bürgerliche bzw. reformistische Alternative sind als Konjunkturprogramm bezeichnete Kapitalsubventionen und staatliche Ausgabenprogramme, die die Beschäftigungsaussichten kurzfristig bessern, aber ihrerseits inflationäre Tendenzen fördern. Wird eine solche Politik nach den Rezepten von Keynes wie jetzt von Obama, Sarkozy, Gordon Brown, der CSU unter Seehofer und von Lafontaine sowie der Partei Die Linke in allen imperialistischen Ländern betrieben, wird das mit Sicherheit eine neue große Krise verursachen.

Zu erwarten ist, daß die große Koalition keine dieser Politikvarianten konsequent verfolgt. Konsequenz

wird nur die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse, d.h. auf die Lohnabhängigen, die Arbeitslosen, die Rentner und die Jugend.

### **Die Große Koalition bekämpfen! Eine revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen!**

Aus dem Kreislauf immer neuer Krisen, immer neuer Höhepunkte des Militarismus und permanenter Kriege kann es für die Arbeiterklasse nur einen erfolgreichen Ausweg geben, wenn endlich ein entschlossener Kampf gegen das Kapital und seine Regierung aufgenommen wird - auf der Straße und in den Betrieben. Dieser Kampf muß notwendig außerparlamentarisch geführt werden. Es ist derzeit keine parlamentarische Bündniskonstellation denkbar, die auch nur die abgegriffenen reformistischen Rezepte durchsetzen könnten ohne zugleich eine neue Phase der Hochrüstung einzuleiten. Der Kapitalismus kann durch keine systemimmanente Politik krisenfrei und schon gar nicht zu einem friedlichen System gemacht werden, das auf Militarismus und Kriege verzichten könnte.

Gefordert wären vor allem die Gewerkschaften und die Parteien, die von den Lohnabhängigen als ihre Vertretungen gesehen werden. Doch die Gewerkschaftsführungen denken nicht daran, durch Massenmobilisierungen die Große Koalition zu stoppen und schon gar nicht, für die Bildung einer Arbeiterregierung einzutreten, die die Interessen der Lohnabhängigen konsequent umsetzt.

Es bedarf deshalb einer neuen revolutionären Partei, die den Kampf für diese Ziele führt, innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften.

### **Gegen Militarismus und Kapitalismus! Schlagt das Kapital international!**

#### **Kapitalismus verstehen – um ihn abzuschaffen!**

#### **Bildungsangebote**

(wenn nicht anders angegeben jeweils 19 Uhr in der Kopenhagener Str. 9 Berlin-Prenzlauer Berg)

13. Januar: Kapitalismus und Krieg

**25. Januar 10 - 18 Uhr:**  
**Tagesseminar: „Krise, Börsencrash, Ausbeutung – Wie funktioniert der Kapitalismus“** Voranmeldung erbeten: marxini@gmx.net

10. Februar: Grundbegriffe der politischen Ökonomie bei Karl Marx

10. März: Was ist das "Kapital" von Karl Marx – Einführung in das Konzept der drei Bände

14. April: Was sind ökonomische Krisen, wie entstehen sie und welche Funktion haben sie für den Kap.?

12. Mai: Einführung in Marx' Analyse des spekulativen Kapitals (3. Band)

9. Juni: Ernest Mandels Theorie von der neuen geschichtlichen Rolle des Spekulationskapitals

## **Abdullah Öcalan: Seit 10 Jahren Gefangener der NATO**

Die kurdische Osttürkei dient der NATO als militärischer Brückenkopf zum Mittleren Osten. Hier verlaufen auch Öl- und Gaspipelines aus dem Irak und Kaukasus. Weil das Streben der Kurden nach demokratischen Rechten den imperialistischen Hegemonieplänen im Nahen Osten im Weg steht, unterstützt die NATO den Krieg der türkischen Armee in Kurdistan. Im Rahmen eines NATO-Aufstandsbekämpfungsprogramms wurde in Deutschland die PKK verboten und die Türkei massiv mit

Waffen aufgerüstet. Seit zehn Jahren ist der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan, den Millionen Kurdinnen und Kurden als ihren Repräsentanten betrachten, auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer in Isolationshaft. „Es waren die USA und die NATO, die mich hierher gebracht haben“, erklärte Öcalan. NATO-Kriegsschiffe unterstützten im Herbst 1998 türkische Kriegsdrohungen gegen Syrien, die Öcalan zum Verlassen seines langjährigen Gastlandes

zwangen. Um eine politische Lösung der kurdischen Frage zu suchen, flog Öcalan nach Europa, doch auf Druck der USA verweigerten ihm alle NATO-Staaten und selbst Russland den Aufenthalt. Koordiniert von NATO-Geheimdiensten wurde der PKK-Vorsitzende am 15. Februar 1999 aus Kenia in die Türkei verschleppt.

**Weg mit dem PKK-Verbot! Freiheit für Abdullah Öcalan und Selbstbestimmung für das kurdische Volk!**

## NATO Türkiye için ne anlama gelmektedir?

Kore savaşında batılı emperyalistler için her türlü rolü oynayabileceğinin imtihanını verdikten sonra, Türkiye'nin NATO mecarasının önu açıldı. Türkiye NATO ilişkileri Türkiye siyasetinin son 50 yılına damgasını vurdu. Ermeni ve Rumlar'ın mal varlıklarının üstüne geçirildiği ve devlet eli ile geliştirilen Türk burjuvası, 40 ların sonunda artık, gelişebilmesi için borçlanmaya gitmek zorundaydı. Karşılığında Sovyetler Birliği tehlikesine karşı tüm imkanlarını sunmaya hazır bir ülke olan Türkiye vardı. Stratejik olarak Sovyetler'in sınır komşusu ve ortadoğuya açılan kapı olması nedeni ile batılı emperyalistler için Türkiye önemli bir yere sahipti.

Türkiye burjuvası NATO ile ilişkilenecekten son derece memnundu. Bir taraftan askeri olarak belirli bir emperyalist bloğun içerisinde olması, uluslararası ticari antlaşmalarda belirli bir güvence sağlarken, diğer taraftan Türkiye'nin daha rahat borçlanabilmesinde önünü açmaktadır.

Bir taraftanda ülke içerisinde çıkan işçi sınıfı hareketine karşı kontragerilla ve ülkücü çeteler NATO eli ile eğitilip, devrimcilere, solculara ve sendikacılara saldırırken, diğer taraftan NATO ülkelerinin uluslararası desteğiyle 12 Eylül darbesi olmuş ve Türkiye burjuvası işçi sınıfını ezmek için askeri darbeyi gerçekleştirmişti. 12 Eylül darbesi, neoliberalizmin uygulamaya geçmesi için yolun açılması anlamında geliyordu.

Günümüzde Türkiye tek başına uluslararası arenada söz sahibi alacak bir güce sahip değil. Ne Kafkaslar'daki bölgeler için Rusya'ya kafa tutabilir, ne de tüm emperyalistlerin sömürmek için didiği Ortadoğu'da kendi başına güçlü bir konumda olabilir. Ne böyle büyük projelerin altından kalkacak ekonomik güce sahiptir ne de askeri donanım olarak tek başına emperyalist pastadan pay alabilecek yetkinliğe sahiptir. Bölge içerisindeki konumu,

emperyalizmin ona çizmiş olduğu sınırlardır.

Türkiye emperyalist sistemin bir parçasıdır. Afganistan'ın işgalinde aktif rol almakta, Lübnan'da asker konuşlandırmakta, emperyalist projelerin bir parçası olmaktan geri durmamaktadır. Kemalistlerin sık sık vurguladığı, Türkiye emperyalist kurumlara karşı duracak kurum veya ordu değildir. Son 50 yıldan bu yana NATO politikası gütmüş ve bu konuda taviz vermeyen bir ordunun NATO ile ilişkilerini koparması mümkün değildir. Tam tersine NATO'nun Türkiye'de en çok güvendiği kurum ordudur. Ordunun askeri teçhizatlarının temini NATO eliyle olmaktadır. Türkiye'de emperyalizm ile çıkar ilişkisi olmayan bir sınıf vardır, o da işçi sınıfıdır. Ancak işçi sınıfı önderlikli bir devrimci hareket, emperyalizm ile mücadeleyi antikapitalist bir mücadele perspektifi ile yürütebilir. Güçlü bir devrimci işçi partisi hem köylüleri hem de küçük burjuvayı kendi devrimci programına kazanabilir. İşçi sınıfını atlayarak, antiemperyalist bir politika izlendiği iddiasıyla Türkiye'deki emperyalizmin en güçlü savunucusuna destek çıkmak, devrimcilerin ve işçi sınıfının düşmanlığını yapmak anlamına gelir.

Türkiye devletinin Irak savaşı öncesi, ABD ile ters düşmesinin iki nedeni var. Birincisi Güney Kürdistan'ın Türkiye'nin istemi dışında kurulacağının ortaya çıkması ve Türkiye'nin kendi eliyle Kürdistan Devleti'nin kurulmasına yardım edecek olması, ikincisi de bu savaşın kitleler tarafından kabul görmemesi. Bu stratejik olarak Türkiye'de emperyalizmden kopuşu ifade etmez. Türkiye'de olanlar son kertede emperyalizmin kendi içerisinde sürekli değişebilecek çıkar ilişkilerinin yeniden şekillenmesidir.

Türkiye Devleti bazı kemalistlerin iddia ettiği gibi, emperyalistlerin bölmeye çalıştığı bir ülke de değildir. Kürt bağımsızlık hareketine karşı, her türlü uluslararası destek Türkiye'ye

her zaman sunulmuştur. Askeri ve siyasi destek Türkiye Devleti'ne sunulmuş, yaklaşık 30 yıldır süren savaşta, emperyalist güçler Türkiye'nin yanında yer almıştır. Kürt bağımsızlık hareketinin sürekli yanılığında burada olmuştur. Emperyalistler nasıl Filistinliler için İsrail'den vazgeçmezlerse, Kürtler içinde Türkiye'den vazgeçmezler.

NATO bu sene 60. kuruluş yıldönümünü kutlayacaktır. İnsanlığın bir 60 sene daha NATO'nun saldırılarına maruz kalmaması için hep beraber, 6 ile 8 Şubat arası Münih'teki NATO güvenlik toplantısını, 3 ve 4 Nisan'da Strausburg'daki NATO kuruluş kutlamalarını protestoya sizleri davet ediyoruz.

**Türkiye'nin yurtdışındaki tüm askerleri geri çağırın!  
Tüm NATO üsleri kapatılsın!  
NATO'dan Türkiye derhal çekilsin!**

**Ne AKP hükümeti ne ordu,  
tek kurtuluş Devrimci İşçi Partisi!**

**Yaşasın Kürtler'in kendi kaderini tayin hakkı!**

**Yaşasın halkların kardeşliği!**



### Impressum und Kontakt:

Marxismus aktuell ist die Flugschrift der Marxistischen Initiative. Eigendruck im Selbstverlag. V.i.S.d.P. und Postadresse: Dieter Elken Berliner Str. 33 15344 Strausberg E-Mail:Marxini@gmx.net